

Aufruf des Bündnis gegen Antisemitismus [BgA] Berlin:

## **Kein Dialog mit dem antisemitischen Terror Nein zum „Deutschen Weg“!**

**Während die Bundesregierung in Berlin zu einer internationalen Konferenz gegen Antisemitismus einlädt, pflegt sie den Dialog mit antisemitischen Terrororganisationen und ihren Geldgebern, um sich im Nahen Osten als „ehrlicher Makler“ zu präsentieren.**

Am 28./29. April ist die deutsche Regierung Gastgeber der OSZE-Konferenz gegen Antisemitismus. Angesichts des dramatisch ansteigenden Antisemitismus in Europa begrüßen wir das Stattfinden dieser Konferenz ausdrücklich und hoffen, dass konkrete und wirksame Schritte im Kampf gegen den Antisemitismus aus ihr folgen werden. Wir kritisieren allerdings scharf die gleichzeitig von der Bundesregierung betriebene Politik des „Dialogs“ und Appeasements gegenüber antisemitischen Islamisten.

So lud im Februar diesen Jahres die regierungsnahе sozialdemokratische Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) zu einer Konferenz mit Vertretern der Hizbullah ein, jener islamistischen Terrororganisation, die seit ihrer Gründung 1982 vom Iran finanziert die „bedingungslose Zerstörung“ des Staates Israel verfolgt. Als Referenten waren eine Reihe islamistischer Intellektueller aus verschiedenen islamischen Staaten geladen. Diese nutzten die ihnen gebotene Gelegenheit, ihr antisemitisches Weltbild erneut zu propagieren. Ziel der Konferenz waren „Dialog“ und „gegenseitiges Verständnis“. Damit werden von deutscher Seite Protagonisten des antisemitischen Terrors zu politischen Verhandlungspartnern aufgewertet.

Dieser völlig zu Unrecht „kritisch“ genannte Dialog mit Islamisten ist nicht bloß Ausdruck politischer Naivität, sondern hat System. Er folgt dem „deutschen Weg“, den Bundeskanzler Schröder im letzten Jahr angesichts des Irakkrieges ausgerufen hat. Danach setze die deutsche Außenpolitik in Abgrenzung zu den USA auf Dialog, nicht auf Konflikt, auf Verhandlungen statt auf einen „Kampf der Kulturen“. Das klingt zwar gut, aber in der Praxis heißt dies offenbar, mit antisemitischen Terroristen lieber Konferenzen abzuhalten, als ihren Terror zu bekämpfen.

Mit dieser Politik verfolgt die deutsche Regierung – unter anderem aus ökonomischen Interessen – das Ziel, sich im Nahen Osten als „ehrlicher Makler“ zu präsentieren und nicht zuletzt als Alternative zu den USA ins Spiel zu bringen. Ein „Erfolg“ dieser Strategie ist der von Deutschland vermittelte Gefangenenaustausch zwischen Israel und der Hizbullah. Dabei wurden im Januar 2004 mehrere Hundert in Israel inhaftierte fanatische Terroristen frei gelassen, von denen viele bereits angekündigt haben, ihren Dschihad gegen Israel bei nächster Gelegenheit fortzusetzen.

Doch nicht nur im Nahen Osten gelten die Islamisten als veritable Verhandlungspartner. Einerseits wird hierzulande „der Islam“ schlechthin im Rahmen eines mit rassistischen Zuschreibungen operierenden Sicherheitsdiskurses als Bedrohung dargestellt, andererseits wird im Rahmen des „interkulturellen Dialogs“ das allzu verständnisvolle Gespräch mit Funktionären islamistischer Organisationen – oftmals übrigens zum Islam konvertierte Deutschen – gesucht. Dialog heißt auch hier meist vorrangig, Verständnis für bombende antisemitische Fundamentalisten zu entwickeln. So forderte Fernsehpfarrer Jürgen Fliege kurz nach den Terroranschlägen von Madrid, „mit den Mördern von heute über die Welt von morgen zu reden“.

Durch diese Art des „interkulturellen Dialogs“ wird nicht nur der offen formulierte Antisemitismus gefördert. Der häufig darin formulierte Kulturrelativismus bedeutet darüber hinaus auch die Aufgabe von universal geltenden Menschenrechten. Während

sich von bestimmten offen antisemitischen Positionen verbal abgegrenzt wird (siehe Hohmann), werden die gleichen Ansichten als Teil einer vermeintlichen arabischen bzw. islamischen Kultur indirekt legitimiert.

Die tatsächliche Bedrohung *für* Israel, die vor allem vom Iran und von den durch ihn finanzierten Terrorgruppen ausgeht, scheint dagegen auch den Bundeskanzler nicht zu kümmern. So reagierte Schröder zwar auf das jüngste „Friedensangebot“ von Al-Qaida, diejenigen Staaten mit ihrem Terror zu verschonen, die sich gegen die USA und Israel stellen, mit einer kategorischen Absage. Für Terroristen, die es „nur“ auf Israel abgesehen haben gelten jedoch offenbar andere Regeln, wie die Konferenz in Beirut gezeigt hat.

*Die UnterzeichnerInnen dieses Aufrufes protestieren gegen diese Politik und rufen zu einer Kundgebung vor dem Auswärtigen Amt auf. Wir fordern ein Ende jeglicher Zusammenarbeit mit Terrororganisationen und ihren staatlichen Unterstützern, sowie einen Stopp der Finanzierung des palästinensischen Terrors durch EU-Gelder.*

**RednerInnen:**

Ilka Schröder, MdEP, Brüssel

Thomas Uwer, Wadi e.V., Berlin

Dr. Shimon Samuels, Simon Wiesenthal Center, Paris

Beate Klarsfeld, Journalistin, Paris (angefragt)

**Kundgebung vor dem Auswärtigen Amt**

[Ort der OSZE-Konferenz]

Werderscher Markt, Berlin-Mitte [nähe Schlossplatz]

Mittwoch, 28. April 2004, 15.00 Uhr

Bitte unterstützen Sie diesen Aufruf und verbreiten Sie ihn weiter. Zur Unterstützung senden Sie bitte eine E-Mail mit Namen, Ort und ggf. Organisation an [info@bga-berlin.net](mailto:info@bga-berlin.net) bis spätestens Sonntag, 25.04.04, 22.00 Uhr.

Weitere Informationen gibt es unter [www.bga-berlin.net](http://www.bga-berlin.net)